



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Inge Aures, Susann Biedefeld, Martina Fehner, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Nata-scha Kohnen, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Isabell Zacharias, Harald Güller, Bernhard Roos, Andreas Lotte SPD**

Erhöhung des Frauenanteils bei Beteiligungsunternehmen des Freistaats

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unter Zugrundelegung des abschließenden Berichts vom 4. März 2015 bis Ende 2015 eine ziel- und zeitorientierte Strategie zu präsentieren, wie der Anteil an Frauen in den Vorständen, Geschäftsführungen und Aufsichtsgremien der Beteiligungsunternehmen des Freistaats Bayern bedeutsam erhöht werden kann.

Begründung:

Wie aus dem abschließenden Bericht vom 4. März 2015 hervorgeht, hat sich die Zahl der weiblichen Führungskräfte in den Beteiligungsunternehmen des Freistaats nur geringfügig erhöht: Zum Stichtag 31.12.2014 betrug der Anteil in den Aufsichtsgremien 18,58 Prozent (21 von 113 Mandaten) gegenüber 13,39 Prozent (15 von 112) zum selben Stichtag im Jahr 2013 und gegenüber 12,90 Prozent (16 von 124) im Jahr 2012. In Geschäftsführung und Vorstand waren 2014 von 107 Führungskräften lediglich 16 weiblich (13 von 108 im Jahr 2013).

Mit diesen Zahlen liegt der Anteil der Frauen in Führungspositionen auch in denjenigen Unternehmen, auf die der Freistaat durch seine Beteiligungen einen direkten Einfluss hat, weit unter dem Anteil der erwerbstätigen Frauen. Die stagnierende Zahl von Frauen in Aufsichtsgremien zeigt, dass allein Appelle nicht ausreichen und folglich deutlich zielorientierter vorgegangen werden muss.

Untersuchungen haben aufgezeigt, dass Unternehmen mit überdurchschnittlich vielen Frauen im oberen Management überdurchschnittlich rentabel arbeiten. Außerdem entstehen in gemischten Teams nachweislich mehr Diskussionen und Ideen.

Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung sollten ein Vorbild für die übrige Wirtschaft in Sachen Gleichberechtigung von Frau und Mann sein. Anzustreben ist ein Konzept, das nicht hinter den Regelungen des Bundes zurückbleibt – also eine 30-Prozent-Quote für Führungsfrauen in Staatsbetrieben. Der Koalitionsausschuss der Großen Koalition im Bund hat im Dezember 2014 beschlossen, dass in rund 100 börsennotierten und mitbestimmungspflichtigen Unternehmen eine Frauenquote in dieser Höhe eingeführt werden soll.

Norwegen hat bereits im Jahr 2008 eine gesetzliche Frauenquote in Höhe von 40 Prozent in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen eingeführt und den Frauenanteil innerhalb von fünf Jahren mehr als vervierfacht (von 9 auf 40 Prozent).